

Artikel aus dem Tages-Anzeiger vom 24.02.2018

Wenn das Geld für den Zahnarzt fehlt

Gemäss einer neuen Umfrage haben 16 Prozent der Bevölkerung bereits einmal des Geldes wegen auf eine nötige Zahnbehandlung verzichtet. Die Hintergründe.

Brigitte Walser - Bern, 24.02.2018

Die Befürworter einer obligatorischen Zahnversicherung, über die der Kanton Waadt am 4. März abstimmt, argumentieren mit den Kosten: Nicht alle Patienten könnten sich derzeit eine Zahnbehandlung leisten. Aus finanziellen Gründen würden gegen 10 Prozent der Romands auf den Zahnarzt verzichten, schreiben sie. Das zeige, wie nötig eine obligatorische Versicherung sei. Noch höhere Zahlen nennt nun ausgerechnet die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft (SSO), die ein Versicherungsobligatorium entschieden ablehnt. In einer von ihr in Auftrag gegebenen Umfrage gaben 16 Prozent der Befragten an, in den letzten Jahren aus finanziellen Gründen auf eine notwendige Zahnbehandlung verzichtet zu haben.

Die Umfrage wurde vom Unternehmen Demoscope im vergangenen Jahr schweizweit bei mehr als 1100 Personen durchgeführt. Im Kanton Waadt waren es mit 25 Prozent sogar noch deutlich mehr, die verzichtet hatten, und die Kantone Wallis, Neuenburg, Jura und Freiburg nahmen laut der SSO mit 26 Prozent die Spitzenplätze ein.

Zu wenig bekannt

Trotz dieser Umfrageergebnisse hält die SSO an ihrem Nein zur Initiative für ein Versicherungsobligatorium im Kanton Waadt fest. Der Gesundheitsökonom Willy Oggier hat die Umfrage im Auftrag der SSO ausgewertet und kommt zum Schluss, dass man auch mit einer obligatorischen Versicherung die gewünschte Zielgruppe nicht erreichen würde. Die Umfrage hat ergeben, dass fast 70 Prozent der Personen, die auf den Zahnarztbesuch verzichteten, vorgängig nicht abgeklärt hatten, ob sie finanzielle Unterstützung erhalten könnten etwa durch Ergänzungsleistungen (EL) oder von Sozialdiensten. Vor allem Personen mit tiefer Schulbildung sei nicht bekannt, dass solche Dienste möglicherweise einspringen. «Ausgerechnet jene Schichten mit der höchsten Wahrscheinlichkeit für einen EL- oder Sozialhilfebezug klären ihre Ansprüche am wenigsten ab», hält Oggier fest.

Wer das Geld nicht aufbringen kann, dem hilft vielleicht das Sozialamt.

Er glaubt nicht, dass dies bei einem Versicherungsobligatorium anders wäre, so wie es nun in der Waadt vorgesehen ist: Da die Versicherung über Lohnprozente finanziert würde, wäre sie gemäss Oggier zu wenig bekannt. Der Lohnprozentabzug in der Lohnabrechnung würde zu einer Rubrik unter vielen werden. Wäre hingegen eine Kopfprämie wie bei der obligatorischen Krankenversicherung geplant gewesen, hätte die nach Hause verschickte Prämienrechnung wenigstens zur Sensibilisierung beigetragen, so Oggier.

In seinem Bericht verweist der Gesundheitsökonom ausserdem auf eine Schwierigkeit bei der Umfrage. Das Resultat deute daraufhin, dass der Begriff «notwendige» Zahnbehandlung unterschiedlich interpretiert worden sei. So hätten 13 Prozent der befragten Personen mit hoher Schulbildung – und also tendenziell höherem Einkommen – angegeben, schon einmal verzichtet zu haben. Man könne davon ausgehen, dass sich diese Gruppe die Behandlung hätte leisten können, aber nicht habe leisten wollen, sagt Oggier. Er verweist deshalb auf die Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (Silc). Diese hat 2016 für die Schweiz ergeben, dass nur 3,4 Prozent der Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf eine nötige zahnmedizinische Leistung verzichten mussten. Bei gewissen Bevölkerungsgruppen lag der Anteil aber deutlich höher, etwa bei den Ausländern mit 6,3 Prozent.

Mehr Prävention

Die Silc-Erhebung lässt zudem einen Vergleich zwischen medizinischen und zahnmedizinischen Behandlungen zu. Aus finanziellen Gründen auf eine notwendige medizinische Leistung verzichtet haben lediglich 0,5 Prozent, wie eine Auflistung des Bundesamts für Statistik zeigt. Worauf dieser deutliche Unterschied zurückzuführen ist, ist nicht erhoben. Liegt es daran, dass es für die Arztrechnung die obligatorische Grundversicherung gibt, für die Zahnarztrechnung aber nicht? Er erkläre sich den Unterschied vor allem damit, dass den Schichten mit tiefer Schulbildung die heutigen Unterstützungsmöglichkeiten zu wenig bekannt seien, so Willy Oggier. Länder mit grösserer Abdeckung von Zahnmedizin aus der Krankenversicherung würden keine besseren Werte aufweisen.

Der Gesundheitsökonom leitet aus den Umfrageergebnissen durchaus Handlungsbedarf ab, nur sei ein Versicherungsobligatorium nicht die Lösung. Vielmehr müsse man die bestehenden Finanzierungshilfen bekannter machen. Ausserdem sei mehr Prävention nötig: bei Kindern sowie bei Gruppen mit tiefem Einkommen und tiefer Schulbildung. Prävention – gutes Zähneputzen – sei deshalb so wichtig, weil man damit viele Zahnprobleme vermeiden könne.

(Tages-Anzeiger)